

Nationalrat - Unis: Badelt gegen „Nacht- und Nebelaktion“

Wien (APA) - Der Chef der **Universitätenkonferenz (uniko)** und Rektor der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien, Christoph Badelt, appelliert im Zusammenhang mit der geplanten Abschaffung der Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen für ein Uni-Studium „an die Vernunft, mit solch elementaren Fragen des Ausbildungssystems nicht leichtfertig umzugehen“. Das Hauptproblem sei jetzt, so diffizile Fragen wie Hochschul-Finanzierung und -Zugang in einer „Nacht- und Nebelaktion“ zu behandeln, ohne dass es die Möglichkeit gebe, sich das sorgfältig anzuschauen und mit den Betroffenen zu besprechen, sagte Badelt im Gespräch mit der APA.

Der uniko-Chef ist durchaus bereit, „über vieles nachzudenken“. Wenn das der Start einer neuen bildungspolitischen Debatte sei, wäre das in Ordnung. „Aber man kann so etwas nicht binnen weniger Tage durch den Nationalrat peitschen, wenn die Folgen nicht klar sind. Was uns stört, ist der Showeffekt“, sagt Badelt, „Wahlkampfmusik tritt hier an die Stelle seriöser Bildungspolitik.“

So kritisiert Badelt die geplante weitgehend ersatzlose Abschaffung der Möglichkeit für Zugangsbeschränkungen ohne entsprechende Hochschulfinanzierung. „Solange wir keine Studienplatzfinanzierung haben, ist eine solche Maßnahme für die betroffenen Universitäten eine Katastrophe“, betonte Badelt. Die Mediziner etwa würden ihm sagen, „das geht schlicht und einfach nicht“. Kein Land der Welt habe freien Zugang zum Medizinstudium. Auch an der WU gebe es jetzt schon 5.000 bis 6.000 Anfänger bei Kapazitäten für maximal 1.700 Studenten. Das führe zu Wartezeiten in der Studieneingangsphase. „Wer ist dann Schuld, wenn Studenten nicht mehr in der Normstudienzeit sind und dann nach dem neuen Modell Studiengebühren zahlen müssen?“ fragte Badelt.

Auch die administrativen Details sind für Badelt nicht durchdacht. So sollen ja, nach den derzeit bekannten Plänen, alle Studenten, die zumindest einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, keine Studiengebühren zahlen. Das würde für die Unis bedeuten, mindestens einmal pro Semester bei Tausenden Personen Beschäftigungsnachweise zu kontrollieren. Badelt: „Wer soll das machen und was kostet das?“

Der zugesagte Ersatz für den Entfall der Studiengebühren - die SPÖ hat den Unis versprochen, bei Abschaffung der Studiengebühren den Unis den Einnahmen-Entfall von derzeit 150 Mio. Euro aus dem Budget zu ersetzen - sei ja schön und gut. „Niemand hat mir aber bis jetzt erklären können, wie sich das auf die versprochene Erhöhung des Uni-Budgets im Zusammenhang mit dem im Nationalrat beschlossenen Ziel auswirkt, die Ausgaben für den tertiären Sektor von derzeit 1,2 Prozent auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern“, so Badelt. Allein für dieses Ziel müssten den Hochschulen bereits 2010 rund 400 Mio. Euro mehr zur Verfügung gestellt werden. „Statt 400 Mio. Euro plus beginnen wir nun mit 150 Mio. Euro minus“, so der uniko-Chef.

Badelts Sorge ist, „dass jetzt etwas beschlossen und danach vergessen wird, was uns versprochen wurde“. „Ich fürchte einfach, dass die Universitäten überbleiben.“
(Schluss) cm/ks